

# Deutschland gehen die Hausärzte aus

Sachverständige fordern neue Wege im Gesundheitswesen / Zu viele Medikamente für Kinder

BERLIN. Ein drohender Hausärzte- und Pflegemangel macht aus Expertensicht eine Neuordnung des Gesundheitswesens nötig. „Die Gefahr besteht, dass die flächendeckende primärärztliche Versorgung auf Dauer nicht mehr gewährleistet werden kann“, sagte der Vorsitzende des Sachverständigenrats zur Begutachtung der Entwicklung im Gesundheitswesen, Eberhard Wille, am Dienstag in Berlin. „Wir stellen mit Sorgen fest, dass es zu wenig Hausärzte gibt“, sagte Ratsmitglied Ferdinand M. Gerlach.

Notwendig seien unter anderem Reformschritte bei Aus- und Weiterbildung der Allgemeinmediziner, empfehlen sie. So könne beispielsweise in der Ärzteausbildung ein „Pflichtquartal Allgemeinmedizin“ eingeführt werden, um die Bedeutung der Hausärzte herauszustellen. Ein mögliches Mittel gegen den Ärztemangel in Ostdeutschland und einigen Großstadtvierteln seien zusätzli-

che finanzielle Anreize für Ärzte, dort zu arbeiten. Eine andere Variante sei, an zentralen Orten die notwendige Versorgung sicherzustellen. Die Patienten müssten dann dorthin gebracht werden.

Wille plädierte für ein „Zukunftskonzept“. Ärzte, Kliniken und Apotheker sollten künftig stärker nach Bedarf bezahlt werden und nicht mehr nach einzelnen Diagnosen und Behandlungen. Ärzte verdienten dann nicht mehr an Kranken, sondern an Gesunden, sagte Gerlach. „Wir wünschen, dass die Patienten besser betreut werden, dass mehr Zeit für sie bereitsteht.“

## Unsinnige Konkurrenz

Zugleich plädiert der Sachverständigenrat für Reformen bei der fachärztlichen Versorgung als wichtigem Bindeglied zwischen der Behandlung beim Hausarzt und der hochspezialisierten stationären Versorgung im Krankenhaus. An der Schnittstelle zwi-

schen ambulantem und stationärem Sektor finde derzeit eine „ineffiziente Konkurrenz“ statt.

Nötig sei künftig auch eine besser auf die Bedürfnisse abgestimmte Pflege, sagte die Sachverständige Adelheid Kuhlmei. Koordinationsmängel behindern laut Gutachten bereits heute eine optimale Versorgung.

Die Sachverständigen beklagten auch einen problematischen Einsatz von Medikamenten bei Alten und Kindern. In der Gruppe der über 65-Jährigen erhielten rund 35 Prozent der Männer und 40 Prozent der Frauen neun und mehr Wirkstoffe in Dauertherapie. Vor diesem Hintergrund seien Nebenwirkungen „ein Kernproblem bei der Versorgung alter Menschen“. Bei der Behandlung von Kindern und Jugendlichen rügen die Experten, dass es bei jungen Patienten weiterhin einen „unbegündet breiten Einsatz“ von Psychostimulanzien und Antibiotika bei Virusinfekten gebe. dpa/afp